

Sammlung der liberalen Elemente.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Die künftige Gestaltung unserer Parteiverhältnisse beschäftigt in gleich lebhafter Weise die Regierung wie die parlamentarischen Kreise. In beiden Regionen unseres Staatslebens macht man die Klärung von den Resultaten der Reichstagsession und von dem Ausfall der Neuwahlen abhängig. Aus der gubernalmentalischen Sphäre verlautet, daß im Reichstage keine provocatorischen Vorlesungen, selbst nicht übertriebene Forderungen betreffs neuer Steuern gemacht werden sollen, um zu verhindern, daß die steigende Oppositionsbewegung durch populäre Schlagworte bei den Wahlen an Boden gewinne. Diese Auffassung über die Taktik der Regierung wird von ihren Mitgliedern charakteristisch genug dahin erläutert, daß sie behaupten, bei den nächsten Wahlen würde das Reich zunächst zwischen den Conservativen und der Fortschrittspartei zu entscheiden haben, während die liberalen Mittelparteien durch ihre eigene Zerfahrenheit erheblich geschädigt aus den Wahlen hervorgehen müßten. Diese Rechnung wird von liberalen Parlamentariern für ebenso tendenziös als falsch gehalten. Dennoch verheißt man sich nicht, daß gegenüber allen den mit Hochdruck arbeitenden Wahlapparaten der Regierung, der Conservativen, Ultramontanen, Polen und Socialisten, ein Zusammenfassen aller liberalen Elemente zur Bildung einer großen liberalen Partei nöthiger als je ist, um einen entscheidenden Factor im neuen Reichstage zu gewinnen. Es unterliegt keinem Zweifel, sagt man von nationalliberaler wie von secessionistischer Seite, daß eine große liberale Partei nur dann gebildet werden könnte, wenn die bisherigen liberalen Fractionen auf einem gemeinsamen Programme und unter einem neuen Fraktionsnomen vereinigt würden. Dieser Plan hat bereits die Beachtung einflussreicher Parlamentariermitglieder gewonnen. Man erklärt die Aufstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms, selbst in Bezug auf die Wirtschaftsfrage, nicht für so schwierig, als hier und da angenommen wird.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

19. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. December.

11 Uhr. Am Ministertisch: Friedberg, Lucius, Witter und Commissarien. Eingegangen sind die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat des Jahres 1877/78 und die Denkschrift über die Ausführung des Reichshaushalts vom Jahre 1879.

Die Beratung des Etats des Justizministeriums ist bei Cap. 81 (Unterhaltung der Justizgebäude) stehen geblieben.

Abg. Bachem lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses und des Justizministers auf die Mängel in dem Gerichtsgebäude zu Köln. Mängel, welche die Vorstellungen der ausschweifendsten Phantasie übersteigen und unglaublich wären, wenn sie eben nicht wahr wären. Der Herr Justizminister hat vor einigen Monaten bei einem anderen Anlaß dem Landgericht zu Köln einen Besuch abgestattet und die Gerichtsgebäude besichtigt, vertraute sich dabei leider nur der Führung der Spitzen der Justizbehörden an. Man ist in Köln ziemlich allgemein der Ansicht, daß er mehr gehört und gesehen hätte, wenn er in der Lage gewesen wäre, auch die Klagen des Publikums zu vernehmen oder sich ihm auf seinem Rundgang nur ein Mitglied der Rechtsanwaltschaft zugesellt hätte. Aber schon das, was er wirklich gesehen, hat ihn gewiß außerordentlich wenig erbaut. (Der Justizminister macht ein Zeichen der Zustimmung.) Der Sitzungsraum der zweiten Civilkammer, den er unter Anderem besichtigte, hat ihm jedenfalls so schlecht gefallen, daß er in den der zweiten nur einen ganz flüchtigen Blick durch die Thüre hinein warf; das war der historische Moment, wo der Ordnungsruf des fungierenden Gerichtsbieners ihm entgegenfuhr: „Wollen Sie wohl die Thüre zumachen!“ (Heiterkeit.) Mehr noch wie die Beschaffenheit der Gerichtsgebäude selbst ist aber die Art und Weise ihrer Benützung geradezu unwürdig, von der sich der Minister bei seiner Besichtigung ein Bild nicht machen konnte. Sie stellt einen förmlichen Rattenkäfig dar von classischer Verworfenheit und Unentwirrbarkeit.

Der Saal, in welchem die Sitzungen des Appellhofes abgehalten werden, wird zugleich von einem der Schöffengerichte benutzt. Finden nun, wie in diesem Augenblick, Appellverhandlungen statt, so muß der Schöffengericht auswandern und seine Sitzungen in den Saal der Kammer für Handelsfachen verlegen, in welchem an drei Tagen jeder Woche Morgens die zweite Civilkammer Sitzung hält. Treffen nun die Sitzungen des Schöffengerichts auf jene Tage, so muß die ordentliche Sitzung der zweiten Civilkammer ausfallen, wie es in dieser Woche geschieht und in der nächsten Woche geschehen muß. Daß unter solchen Umständen die zahlreichen alten Sachen in Köln nicht so rasch erledigt werden können, wie es zu meiner großen Freude in den übrigen Provinzen der Fall sein soll, versteht sich von selbst. Der erwähnte Audienzsaal der zweiten Kammer hatte ein so klägliches Inventar, daß sich die Anwälte desselben einigermassen erbarmt haben. Drei große vierstellige Bänke und zwölf Stühle sind ihr Privatbesitzthum. (Hört!) Findet nun in dem Sitzungsraum der zweiten Civilkammer, der für Criminalsitzungen gar nicht eingerichtet ist, eine Schöffengerichtssitzung statt, so treiben sich der biedere Landstreicher und Bagabund an den Bänken und auf den Stühlen der Anwälte herum, was für sie wenig appetitlich und angenehm ist. Die Schöffengerichte benutzen aber nicht nur den Appellsaal, sondern auch das Deliberationszimmer zu demselben und das für den Secretär bestimmte Vorzimmer. Diese Zimmer müssen nun während der Appell-Sitzungen geräumt werden und ist damit der eine Schöffengericht, welcher im Deliberationszimmer saß, förmlich an die Luft gesetzt. Ein anderes Bild! Das Schworenzimmer (15–20 Fuß im Geviert) wird von einer Abtheilung des Amtsgerichts, der Abtheilung für Rechtshilfe, bewohnt und zwar in folgender Weise: in diesem Räume stehen ein großer runder Tisch, zwei kleinere eckige Tische, eine lange hölzerne Bank und 5 bis 6 Stühle. Dieses gesammte Inventar ist von der ädiprimitivsten Beschaffenheit.

In diesem Raum amtiren 2–3 Assessoren oder Amtsrichter und 3 oft auch mehr Referendarien mit den nöthigen Gerichtsschreibern; es beschäftigen sich also an dem einen runden Tisch notwendig drei Parteien: der eine vernimmt ein paar Zeugen in einer Civilsache, der andere erledigt eine civilrechtliche Requisition, der dritte nimmt einer Civilpartei einen Entscheidungssatz ab und macht den Betreffenden inmitten des Menschenandrangs und Durcheinander auf die Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides aufmerksam. (Hört!) Vor nicht langer Zeit vertrat der eine der Amtsrichter, welcher das Vormundschaftsweisen zu verwalten hatte, seinen Kollegen für Rechtshilfe. Es erschien in dem Raum eine junge Dame aus sehr guter Familie mit ihrer Mutter. Die junge Dame wollte sich großjährig erklären lassen. Gleichzeitig erschien vor einem andern Herrn eine uneheliche Mutter, um ihrem Kinde einen Vormund bestellen zu lassen. Bei der Ueberfüllung des Locals ereignete sich das Malheur, daß der Richter die Personen verwechselte und die junge Dame sehr wohlwollend fragte: „Wann haben Sie das Kind geboren?“ (Große Heiterkeit.) Sie können denken, daß die Ausdrücke der Entrüstung von Seiten der Mutter sehr lebhaft waren. Vor einigen Tagen haben die Sitzungen der Assisen in Köln begonnen, das Schworenzimmer muß also frei sein. Zu diesem Zweck bauen darin die vorbereiteten zahlreichen Beamten so lange, bis die Geschworenen sich zur Deliberation zurückziehen, verlassen dann mit Parteien und Sad und Bad das Local, um sich in den zugigen, kalten, mit Steinen gepflasterten Gängen des Landgerichts so lange umherzutreiben, bis die Geschworenen wieder in den Appellsaal zurückgeführt sind. Man sollte es nicht für möglich halten, daß derartige Zustände existiren, ich versichere Ihnen aber: meine Schilderung ist photographisch treu.

Die Mängel in den Civilgerichtsälen sind zwar schon durch das Alter geheilt, aber darum nicht minder drückend. Es ist dort die sinnige Vorrichtung getroffen, daß das Licht von den Seiten durch große halbrunde Fenster den Richtern direct in die Augen fällt, so daß die Herren sich durch Schließen der Augen dieser empfindlichen Einwirkung zu entziehen suchen — die besonderen Gefahren an heißen Sommertagen will ich nicht ausmalen. (Heiterkeit.) Noch viel schlimmer sind die Verhältnisse des Secretariats am Kölner Landgericht. Secretäre haben Zimmer von 8½ und 14½ Fuß Breite resp. Länge. Darin sitzt er mit einem Lohnschreiber, außerdem sind darin Acten der resp. Kammer in großen Schränken untergebracht. Außerdem aber werden in diesem Räume diejenigen Amtshandlungen seitens des Richters vorgenommen, zu welchen dieselben durch Beschluß des Gerichts committirt werden, z. B. Zeugenverhöre, Eide der Experten u. s. w. Es sollen also in diesem Zimmer gleichzeitig thätig sein 1) der Richter, 2) der Secretär, 3) der Lohnschreiber, 4) und 5) die beiden Rechtsanwälte der Parteien, 6) der zu vernehmende Zeuge und eventuell auch die etwa persönlich erschienenen Personen. Wie ist es möglich, daß bei einer solchen Ausnutzung eines Raumes die Geschäfte in gehöriger Weise erledigt werden können. Ein Theil der Rechtsanwälte ist genöthigt, die Garderobe unterzubringen in einem ungeheizten, mit Steinen belegten Räume, der bis vor Kurzem benutzt wurde, um Brandmaterial und Gerümpel aufzunehmen (Hört!), weil man den früher von ihnen benutzten Raum zum Archiv genommen hat. Mehlisch liegen die Dinge bezüglich der Bibliothek; da für einen großen Theil der Zeit der Bibliotheksaal anderweitig benutzt wird, kann von einer angebrachten Benutzung seitens der Mitglieder des Landgerichts gar keine Rede sein. Nicht viel besser steht es mit den Zimmern, welche der Landgerichtspräsident und die Landgerichtsdirectoren zu ihrer Verfügung haben. Dasselbe Bild, vielleicht mit noch grellerem Farben, müßte ich Ihnen ausmalen, wenn ich mich mit den Baulichkeiten der Amtsgerichte von Köln näher beschäftigen wollte. Diese Mängel bedürfen der schnellsten Abhilfe, und man kann sich nicht genug über die Langmuß murren, mit der die Beamten und das Publikum solche Zustände bis jetzt ertragen haben, ohne eine Remedur auf die allerentschiedenste Weise zu fordern.

Im vorigen Jahre war nun allerdings in dem Verzeichnisse der Justizbauten auch ein Betrag für den Neubau des Landgerichts in Köln ausgeworfen; in dem gegenwärtigen Etat erscheint indeß keine Summe für diesen doch wahrlich dringlichen Bau. Jene Mängel sind in besonders drückender Maße hervorgetreten nach der Justizorganisation, indem die ganz unzureichenden Räume jetzt noch von viel mehr Personal benutzt werden müssen wie früher. Ich bitte den Herrn Minister, doch endlich der Sache mit aller Energie näher zu treten. Man hat dem Kölner Stadtverordnetencollegium vor längerer Zeit zugemutet, einen Theil eines öffentlichen Platzes für den Neubau des Justizgebäudes herzugeben, eine wirklich sehr starke Zumuthung, wenn man bedenkt, welche ungeheure Opfer im Interesse der Allgemeinheit die von dem Festungsgürtel eingeschlossene Stadt Köln sich hat auferlegen müssen. Daber hat das Stadtverordnetencollegium mit vollem Recht dieses Ansuchen zurückgewiesen. Man hört seitdem von dem Neubau des Landgerichts nichts mehr. Ich glaube nun, daß der Herr Justizminister, wenn er die Conjunction so gut auszunutzen versteht, wie sein College vom Kriege, in der Lage ist, ein allen Anforderungen entsprechendes Justizgebäude zu beschaffen, ohne daß der Fiscus erheblich belastet wird. Er braucht nur den unheilbaren Kraken, der jetzt das Justizgebäude darstellt, zu verkaufen. Derselbe liegt in dem allergünstigsten Theil der Stadt und wird voraussichtlich einen solchen Betrag ergeben, daß dafür an einer andern Stelle der Stadt ein dem Ansehen und der Würde der Rechtspflege entsprechendes Gebäude hergestellt werden kann. Ich bitte dringend, daß die Justizverwaltung diesem Gedanken näher trete. (Beifall.)

Justizminister Dr. Friedberg: Es würde für mich sehr erwünscht gewesen sein, wenn ich den Ausführungen des Vorredners den Einwand entgegenzusetzen könnte, daß er bei seinem Gemälde die Farben denn doch etwas zu schwarz aufgetragen habe. Leider kann ich das nicht (Hört! Hört!), sondern muß anerkennen, daß, wenn ich auch eine große Zahl von Einzelheiten nicht zu übersehen vermag, er der Hauptsache nach wirklich mit photographischer Treue das dortige Gerichtsgebäude geschildert hat. (Heiterkeit.) Schon von der äußeren runden Fassade des Gebäudes war ich auf das Aeußerste frappirt, denn man kann Alles eher als ein Gerichtsgebäude dahinter erwarten, weit eher einen Circus. (Heiterkeit.) Dieser traurige Eindruck wird nicht abgeschwächt, wenn man eintritt; ich habe eine Reihe ganz unwürdiger Zustände gefunden, die doch meistens durch die Baulichkeiten selbst bedingt sind. Es sind zum Beispiel Corridore darin, die keine vier Fuß breit sein werden und in denen kaum zwei Menschen, namentlich wenn sie Acten unter dem Arm haben, vorbeiziehen können. Ich habe allerdings auch gesehen, daß die Herren Anwälte, obgleich das Wetter sehr wenig zum Promenieren einlud, in den zugigen Corridoren gingen, weil das noch immer besser war, als der Raum, der ihnen gewährt werden konnte. Zur Ehre unserer deutschen Baukunst darf ich wohl anführen, daß, wie uns gesagt wurde, das Gebäude nach Plänen eines großen französischen Architekten errichtet sein soll. Es trifft also wenigstens die deutsche Baukunst an diesen Sünden keine Schuld. (Heiterkeit.) Seit 1877 hat die Justizverwaltung ihr Augenmerk auf die Beseitigung dieser unerträglichen Zustände, wenigstens durch einen Ausbau, gerichtet. Die Justizverwaltungsbehörde zeigte dem Justizminister an, daß sie keine Vorschläge machen könne. Es wurden darum von von hier aus schon 1877 Commissarien des Justizministers und des Bauministeriums hingesandt, um an Ort und Stelle die Pläne zu vereinbaren. Es wurde ein Plan aufgestellt. Dieser fand aber nicht die Billigung der höheren Behörde und als zu einem zweiten Plan geschritten wurde, scheiterte der Fortgang der Sache hauptsächlich an dem von dem Abg. Bachem erwähnten Umstande, daß die Staatsregierung hoffte, es werde der städtischen Verwaltung möglich sein, einige Fuß — soviel ich weiß 7 Fuß oder Meter — von den Promenaden vor dem Gebäude unentgeltlich herzugeben. Dann hätte dem Justizgebäude wenigstens eine würdige Fassade gegeben und es mit den übrigen Gebäuden der Stadt in Einklang gesetzt werden können.

Als ich dieser Plan als unausführbar erwies, mußte ein neuer aufgestellt werden, über den noch verhandelt wird. Hoffentlich wird es gelingen, dabei zu einem Ziele zu kommen, aber nicht ohne erhebliche Geldopfer. In gewissem Sinne ist es mir ganz recht, daß hier einmal von einem Augenzeugen in drastischer Weise geschildert wird, in welcher Situation sich zum Theil unsere Gerichte und zwar in hochangesehenen Städten befinden. (Hört!) Denn dieselben Mängel, wie der Herr Abg. sie für Köln geschildert hat, könnte ich Ihnen zu meinem großen Bedauern noch an einer Reihe von anderen Städten vorführen. Aber um da helfen einschreiten zu können, müssen Mittel gewährt werden, und diese stehen der Justizverwaltung nur in sehr beschränkter Maße zur Verfügung. Wenn mir aber von der Finanzverwaltung unter Ihrer Zustimmung die Mittel zur Beseitigung solcher Mängel gewährt werden, dann werde ich mit aller Energie auf diesem Gebiete Hand anlegen. So wird es, hoffe ich, auch möglich sein, in nicht allzu langer Zeit in Köln Abhilfe zu schaffen. Auf einen Neubau möchte ich keine Hoffnung erregen, denn wenn wir diesen alten Kraken — anders kann ich ihn nicht nennen — auch verlaufen wollten, so würde das Raufgeld nicht annähernd dazu ausreichen, um den Grund und Boden, der in Köln theuer ist, anzukaufen und darauf ein neues Gebäude zu bauen. Es würden viele Millionen Mark dazu nöthig sein, die man wohl nicht bewilligen wird. Es wird somit nichts übrig bleiben, als — damit werde ich mich an den Abgeordneten Bachem, der ja die baulichen Verhältnisse kennt — die beiden Flügel vorn an der Promenade auszubauen sie zu verbinden und den Raum, den man dann auf dem Hofe gewinnt zur Schaffung besserer Räume zu verwenden; denn allerdings war der eine Saal, den ich mir zufällig anjah, nicht dazu angethan, zum Eintreten aufzumuntern. Ich war ganz zufrieden, als ich ihm wieder den Rücken kehren konnte, er war dunkel und schlecht möblirt. Also wenn ich Geld habe, werde ich Abhilfe leisten.

Abg. Starke macht ähnliche Klagen bezüglich des Justizgebäudes in Nachen geltend. Das Interesse der Stadt verlange die Errichtung des neuen Gebäudes an einer anderen Stelle, als projectirt sei.

Reg.-Comm. Geh. Oberjustizrath Starke führt aus, daß Petitionen

vorliegen, die sich gerade für die in Aussicht genommene Stelle aussprechen, wenngleich allerdings auf Petitionen nicht viel zu geben sei. (Unruhe.) Die Verhandlungen seien übrigens noch im Gange.

Abg. Reichensperger (Köln): Ich kann die Klagen bezüglich Nachens aus eigener Anschauung nur bestätigen. Es erscheint mir nicht passend, wenn der Staat derartige Gebäude gewissermaßen in Verfertigung giebt und auf die Gemeinde einen Druck ausübt, damit sie möglichst viel zugebe. Möge der Staat bezahlen, was des Staates ist und die Gemeinde, was der Gemeinde ist. Was die Stadt Köln betrifft, so habe ich in dessen Justizgebäude 30 Jahre lang zu functioniren gehabt, demselben Gebäude, das der Minister als alten Kraken bezeichnete. So alt ist dasselbe übrigens nicht. Ich erinnere mich noch der Zeit, als dieser Kraken gebaut wurde. Der Minister ist nicht genau berichtet worden, wenn ihm gesagt ist, der Plan stamme eigentlich aus Frankfurt. Ich weiß sehr genau, daß ein kölnischer Stadtbaumeister den Plan entworfen hat, und der Segen über denselben ist in Berlin gesprochen worden (Heiterkeit), und zwar in der Schinkelperiode, die noch heute durch alljährliche Feste verherrlicht wird. Soll ein Neubau in Köln hergerichtet werden, dann bitte ich, sich kein Muster zu nehmen an den anderen neueren Gerichtsgebäuden am Rhein. Ich erwähne das Elberfelder Justizgebäude, welches mit großem Luxus ausgestattet ist, außen mit 15 bis 20 Säulen geschmückt ist und im Innern einen Hof hat, in den kaum jemals ein Lichtstrahl gefallen ist. Auch die inneren Einrichtungen sind sehr unmodern. Das Richtercollegium ist z. B. genöthigt, über einen kalten Gang zu gehen, wenn es in sein Beratungszimmer gelangen will.

In Bonn ist es nicht viel anders; man hat es dort auf ein mächtiges Treppenhaus abgesehen. Bezüglich Düsseldorf weiß ich, welche Schreibereien und Mäßen es gefloht hat, um es in Berlin zu bewirken, daß auch nur einigermaßen auf die Zweckmäßigkeit Rücksicht genommen würde. Dennoch hat der dortige Präsident es nicht dahin bringen können, daß der Portier oder Kastellan außerhalb einer Kellermwohnung logirt wurde; erst als der Mann erkrankte, hat man einen Notbehelf herausfinden müssen, um ihn am Leben zu erhalten. Was Köln anlangt, so bitte ich, nicht auf ein Bildwerk zu sehen. So wie das Gebäude jetzt dasteht, kann es kaum jemals auf nur annähernd zweckmäßig gestaltet werden. Die Nachlässigkeit, mit welcher der Bau ausgeführt ist, trat mir besonders in einem Proceß entgegen, den ich bezüglich jenes Baues unter der Hand hatte. Erst nachträglich hat man unter einem Theil des Gebäudes einen Keller ausgraben müssen, um das Ganze vor Verschimmelung zu schützen. Aus diesem Gebäude etwas zu gestalten, ist ganz unmöglich; ich bitte daher die Regierung, über das Ergebnis einer Verfertigung desselben einen genaueren Kostenanschlag sich machen zu lassen. Man vergleiche nur die Lage, in der sich in dieser Beziehung die Justizverwaltung befindet, mit der der Militärverwaltung. (Sehr wahr!) In der Kaserne, die sich am Neuen Markt, im schönsten Theile der Stadt, befindet, fand ich Billardzimmer, Dampfbadeneinrichtungen (Hört!) und dergleichen Dinge, während die Cinnobeschäft unter einer stets wachsenden Cinnobeschäft leidet. Ich meine, in dieser Beziehung sollte etwas mehr ausgleichende Gerechtigkeit geübt werden. (Sehr wahr!) Dann sollten doch auch die Organisationsfragen sich vorher dem Kopf zerbrechen, wie man neue Organisationen etwas ökonomischer durchführt. Es ist doch auch vor der Justizorganisation Alles leidlich in Preußen vor sich gegangen. Ich muß gestehen, daß ich nach ferneren Reorganisationsen wenig Sehnsucht habe.

Reg.-Comm. Geh. Rath Starke: Es wird nicht schwer sein, eine Frage, wie sie der Vorredner gewünscht hat, aufzunehmen zu lassen, aber es tragt sich, ob auch Leute da sind, die das Gebäude zu einem solchen Preise kaufen wollen. Wenn die Sachlage so wäre, wie sie der Vorredner geschildert hat, dann wären doch ohne Zweifel schon Offerten behufs Ankaufs des Gebäudes aus der geliebten Stadt an die Verwaltung gelangt. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen. Allerdings ist von einem Baunternehmen eine Proposition gemacht worden; dieselbe war aber in örtlicher Hinsicht nicht passend. Jedenfalls wird sich aber der Finanzpunkt nicht wegleugnen lassen.

Abg. Windthorst: Auch nach meiner Anschauung läßt sich in Köln aus dem jetzigen Gebäude etwas Anständiges nicht gestalten, und gerade dort sollte man keine derartige Aermlichkeiten leiden. An die Regierung richte ich aber außerdem die Bitte, bis zur dritten Verabreichung eine vergleichende Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Justizetats vor und nach dem 1. October 1879 anzufertigen und uns vorzulegen. Ich wünsche daraus zu erfahren, wie sich die Kosten der Organisation nach der Organisation gestalten. Es herrschen in dieser Hinsicht die verschiedensten Anschauungen und Irrthümer. Ich nehme an, daß eine derartige Zusammenstellung schon im Ministerium veranlaßt ist.

Unterstaats-Secretär Rindfleisch: Eine derartige Uebersicht ist allerdings in Vorbereitung. Wenngleich die Uebergangsperiode in dieser Hinsicht mannigfache Schwierigkeiten bietet, so hoffe ich, daß, wie ich mit Ermächtigung des Herrn Ministers aussprechen kann, es möglich ist, bis zur dritten Lesung eine solche Zusammenstellung zu liefern, die im Großen und Ganzen die Frage lösen wird, ob die Organisation mit Mehrkosten verbunden gewesen ist oder nicht.

Das Capitel wird darauf bewilligt, womit die Beratung des Justizetats erledigt ist.

Das Haus wendet sich dem Cap. 99 der landwirtschaftlichen Verwaltung zu, welches der Budgetcommission überwiesen war. Im Titel 2 desselben wird das Gehalt für einen neuen Bauintpector verlangt, dessen Genehmigung die Budgetcommission empfiehlt.

Referent Weyrauch empfiehlt den Beschluß der Budgetcommission, monach ein besonderer Bauintpector als etatsmäßiger Beamter des landwirtschaftlichen Ministeriums angestellt werden soll. Er sei notwendig im Interesse einer raschen Bearbeitung und der Entlastung der Bauabtheilung des Arbeitsministeriums.

Abg. Rixter hat sich in der Budgetcommission gegen die Bewilligung ausgesprochen und ich möchte anheimstellen, ob es nicht zweckmäßig sei, den Beschluß über die Bewilligung so lange auszuschieben, bis der Bericht der Budgetcommission über die Bauverwaltung vorliegt, denn erst dann werde man übersehen können, ob ein solcher Beamter notwendig ist. Er, der Redner, behauptet das Gegentheil, denn die Bauten im Extraordinarium haben seit Jahren nicht zu-, sondern abgenommen, woraus sich nur eine Verminderung der bautechnischen Kräfte im Ministerium herleiten ließe, will sich jedoch auf eine Discussion nicht einlassen, in der Hoffnung, daß das Haus seinem Antrage, den Beschluß über diese Bewilligung auszuschieben, beitreten wird.

Abg. Reichensperger (Köln) spricht seine Zweifel aus, ob ein solcher Bauintpector nöthig und notwendig sei.

Ministerialdirector Marcard: Ich hoffe, daß das Haus nicht nochmals diese Angelegenheit zurückstellen wird. Der landwirtschaftlichen Verwaltung liegen eine sehr große Anzahl kleinerer Bauarbeiten vor und die Behandlung derselben war bisher so, daß eine solche Sache zunächst an das Ministerium für öffentliche Arbeiten gefandt wurde und dort revidirt wurde. Dies Verfahren hat zu Unzulänglichkeiten und Verzögerungen in der Behandlung der Bauarbeiten in der landwirtschaftlichen Verwaltung geführt. Außerdem wurde die Abtheilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in einer ganz unzulässigen Weise mit einer großen Zahl kleinerer Bauarbeiten belastet. Deshalb fand unter den beteiligten Ressortministern eine Verständigung dahin statt, daß die Bauangelegenheiten der landwirtschaftlichen Verwaltung von dieser Abtheilung in der Regel selbst erledigt werden. Damit ist eine Regelung gegeben, wie sie in allen übrigen Ministerien seit lange existirt. Nun besitzt die landwirtschaftliche Verwaltung keinen eigentlichen Techniker, bloß die Centralverwaltung für Domänen und Forsten hat einen technisch vortragenden Rath und einen Hilfsarbeiter, welche aber vollständig überlastet sind. Es ist daher ein Hilfsarbeiter speciell für die landwirtschaftliche Verwaltung notwendig, der in Verbindung mit den beiden Vorgenannten sich an der Bearbeitung der gesammelten Bauarbeiten, die im landwirtschaftlichen Ministerium vorkommen, betheiligt. Ich möchte daher dem hohen Hause angelegentlich empfehlen, dem Beschluß der Budget-Commission entsprechend diesen Posten zu genehmigen.

Abg. Graf d'Haussonville befürwortet dringend den Antrag der Budgetcommission. Er kann die Gründe des Regierungskommissars nicht nur zu eigen machen, und bittet dringend, die Sache für sich zu behandeln, das Uebrige werde sich ja finden. Hat doch der Abg. Birchow als Mitglied der Rechnungscommission selbst geltend gemacht, daß der Mangel dieser Arbeitskräfte zu Unbehagen geführt hat.

Abg. Richter: Die Sache geht jedesmal so, wird ein neuer Beamter gefordert, so heißt es immer, ohne ihn seien die Geschäfte absolut nicht zu führen. Ich nehme dies den Herren vom Regierungssitze nicht abel, die höhere Vollberthetung aber hat sich zu überzeugen, ob wirklich die Nothwendigkeit so groß ist. Ich will nicht sagen, daß ich dem landwirthschaftlichen Minister diesen Baubeamten nicht geben will, wenn ich sehe, daß ich ihn auf einer anderen Stelle erspare. Aber wenn der Vorredner meint, man solle die Sache für sich behandeln, das Uebrige wird sich finden, so muß ich sagen: Glauben Sie denn, daß wir mit der Staatsregierung viel besser sprechen können, wenn wir die Bewilligung im Voraus gemacht haben, es dann viel leichter sein wird, diesen Beamten von einem anderen Ressort wegzubekommen, als wenn Sie sagen: das Uebrige wird sich finden. Mein meine Herren, es wird sich nicht finden, wir werden eine ebenso glänzende Rechtfertigung der Beamten im Bauministerium hören, wie wir sie jetzt im landwirthschaftlichen gehört haben. Die Bauten haben sich nicht vermehrt, sondern vermindert, das Extraordinarium ist seit 1872 herunter, nicht heraufgegangen. Denken Sie doch an die Jahre 1874 und 1875, wie wir Extraordinarium mit über 100 Millionen Mark allein in dem ordentlichen Extraordinarium hatten, die wir damals aus der Willkürzeit abgezogen hatten.

Wenn aber Verzögerungen von Bauten eingetreten sind, so ist das mitunter ein Glück für die Finanzen des Staates, denn hätten wir alle die Bauten nicht ausgeführt, die die Kreise in den guten Jahren projectirten, dann hätten die Kreise noch Millionen und Millionen Mark mehr. Wenn der Abg. Birchow als Mitglied der Rechnungscommission es abel empfunden hat, daß fortwährend Reste übergeben, so ist das vollständig erklärlich, ich als Steuerzahler empfinde es als kein Unglück. Wir haben uns ja auch gefreut, daß der Finanzminister die zu Bauten bewilligten 100 Millionen nicht ganz ausgegeben hat, sondern 60 Millionen in das nächste Jahr hineinbringt. Wir sprechen fortwährend von Decentralisation, und sowie die Frage praktisch herantritt, müssen wir der Centralisation immer mehr Beamte geben, die jeden Bauplan und alles Mögliche revidiren. Es handelt sich für mich hier um das Princip: ich will nicht alle Dinge nach Berlin haben. Wir müssen einen Druck ausüben, daß viele Dinge in der Provinzialinstanz doch endlich einmal erledigt werden. Es bezieht sich das namentlich auf die Bauprojecte. Was sollten wir nicht an Staatsbeamten ersparen, als es sich im Jahre 1876 um die Decentralisation durch Ueberweisung des Dotationsfonds an die Provinzen handelte. Sehen Sie sich den Etat an! Wir können hier immer nur sprechen: nur die verantwortliche Regierung kann uns dabei beistehen. Ich möchte bitten, machen Sie wenigstens das Minimum, daß Sie die Verhandlung so lange aussetzen, bis die Budgetcommission mit dem Bauminister sich darüber verständigt hat, ob der Beamte, der jetzt mehr gefordert ist, nicht wegen der Verminderung der Geschäfte im Bauministerium hergegeben werden kann. Dann habe ich keine Einwendung, daß der Landwirthschaftsminister ihn bekommt, allerdings unter der Voraussetzung, daß dann die Baubewaltung etwas mehr decentralisirt wird, daß nicht jede Abtheilung ihr Baubureau hat.

Abg. Schröder (Vippstahl): Den Bau halte ich für das landwirthschaftliche Ministerium für notwendig gegenüber anderen Aufgaben desselben, aber gerade deshalb möchte ich die Entlastung desselben von solchen Nebenarbeiten und bin deshalb für die Bewilligung. Ich will nunmehr auf für das landwirthschaftliche Ministerium wichtigere Aufgaben eingehen. Das landwirthschaftliche Ministerium hat meiner Ansicht nach sich zur Hauptaufgabe zu machen, den Bauernstand, den kleineren und großen Grundbesitz zu heben. Im Landesconsulatsbericht von 1811 heißt es, es kommt darauf an, den Sinn für Realverbesserung auch für diejenigen zu verbreiten, die bisher zu fern von den Quellen standen. Als ich für die Verdoppelung der Getreideernte stimmte, da war meine Absicht, Deutschland auf den hohen Standpunkt zu bringen, daß es nicht bloß so viel habe, wie es brauche, sondern im Stande sei, auch zu exportiren. Dazu muß besonders das landwirthschaftliche Ministerium helfen. Die Vorbedingung aber, dieses zu leisten, ist eine außerordentliche Thätigkeit dafür, daß Separationen und Umlegungen in größerem Maßstabe als bisher getrieben werden. Ich höre von einem rheinischen Abgeordneten: das ist die Frage! Zu diesem spreche ich gar nicht, ich spreche zu den Breiten rechts vom Rhein. Zugewachsen hat das Umlegungsgefeß von 1872 diese Möglichkeit ganz unaussprechlich erleichtert, namentlich durch die Unterstützung der Großgrundbesitzer. Dieses Gefeß ist aber zu wenig bekannt, und ich möchte, daß dasselbe in deutscher und polnischer Sprache in jeder Dorfschneise angeheftet werde, ebenso das darauf bezügliche Kostengefeß von 1875, da ja nach diesem die Gefahr großer Kosten ausgeschlossen ist. Denn jetzt wird ein Bauquantum pro Morgen gemacht, also ein billiges Verfahren, obgleich ich möchte, daß der Finanzminister nicht zu viel Gewicht darauf legt auf die Gebühren für die Feldmesser. Für die Durchführung dieser Umlegungen gehört natürlich eine ganz besondere Hingebung der Großgrundbesitzer dazu, um das Mißtrauen, welches die kleinen Grundbesitzer dagegen haben, zu heben. Ein Mangel und Hinderniß dafür ist es auch, daß die landwirthschaftlichen Vereine gar zu wenig kleine Grundbesitzer als Mitglieder haben, und daß die Specialcommissare sich um diese zu wenig kümmern, gerade im Gegenfatz zu Vatern, wo leider nur unsere guten Gesetze fehlen. Ein zweiter Punkt ist das Oberlandesculturgewicht. Hier ist der Geschäftsgang ein so langsamer, Monate lang liegen die Sachen dort und die Leute wissen nicht, was geschieht. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Erkenntnisse rascher abgefaßt werden. Sollten dafür Kräfte fehlen, so würden wir gern die Kosten dafür bewilligen.

Minister Lucius: Ich kann dem Vorredner versichern, daß alle Verordnungen, die auf Hebung des Bauernstandes gerichtet sind, in den landwirthschaftlichen Verwaltung jede Förderung finden werden und gefunden haben. Bezüglich des Separationswesens stimme ich dem Vorredner bei, doch haben die darauf bezüglichen Verordnungen ihre Grenze. Ich würde eine ganze Reihe von Fällen anführen können, wo die Verordnungen, die preussische Agrargesetzgebung einzuführen, auf den größten Widerstand stießen, so daß man in der That zweifeln konnte, ob man überhaupt in dem Tempo wie bisher, weiter vorgehen hat. Ich halte mich nicht für berechtigt, in dem Bestreben, die Landes-Cultur zu fördern, ganze Bevölkerungsschichten gewissermaßen zu vergewaltigen. (Beifall.) Was eine Wünsche bezüglich des Vereinswesens betrifft, so ist der Verwaltung kein Vorwurf zu machen, und ich meine, kein Land steht in dieser Beziehung auf einer höheren Stufe als Preußen. Auch zweifle ich, daß die Specialcommissarien sich von dem Vereinsleben fern halten. Aber ich würde mich nicht für berechtigt halten, gewissermaßen ex officio sie den landwirthschaftlichen Vereinen zu octroyiren. Seine Klagen über den langsamen Geschäftsgang im Oberlandesculturgewicht werde ich unteruchen, da mir solche auch anderweitig zu Ohren gekommen sind. Was die Staatsposition betrifft, so möchte ich die Bewilligung auf das Angelegenlichste empfehlen. Es ist keine politische, sondern reine Zweckmäßigkeit und Ersparnißfrage, die ganz außer Zusammenhang steht mit den Erparnissen, die möglicherweise in anderen Verwaltungen für Baupurwe gemacht werden können. Wenn der Abg. Richter angeführt hat, daß das Extraordinarium dieser Verwaltung in den letzten Jahren bedeutend zusammengekrumpft wäre, so ist das richtig. Hier handelt es sich nicht um Extraordinarium, sondern um die regelmäßigen laufenden Arbeiten, um die Unterhaltung der Gebäude. Gerade der Wunsch zur Decentralisation hat zur Förderung der Creirung dieser Stelle geführt. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten hat diese Decentralisation schon stattgefunden. Diese Maßregel führt aber auch Ersparnisse herbei, weil die zweite und dritte Abtheilung des zu einem mit der landwirthschaftlichen Abtheilung vereinigten Ministeriums bereits diesen Techniker besitzt und weil es eine Vereinfachung der Dinge ist, wenn die sämtlichen Bauten, welche vom landwirthschaftlichen Ministerium ressortiren, in einer Hand vereint bearbeitet werden. Es ist das auch eine Vereinfachung in Bezug auf die regelmäßigen Dienstreisen und Inspectionen. Die Summe ist ja auch gering. Ich halte eine nochmalige Prüfung für nicht erforderlich und empfehle Ihnen die Annahme des Beschlusses der Budgetcommission.

Abg. Richter: Ich halte es für notwendig, die Frage der Errichtung der Baupräsidenten zusammen mit dem entsprechenden Titel des Staats der öffentlichen Arbeiten zu discutiren und tritt, da eine sofortige Entscheidung nicht dringend ist, dem Antrage Richter bei.

Abg. Gremer: Ich war der rheinische Abgeordnete, der den Abg. Schröder durch den Zwischenruf unterbrach und muß erklären, daß ich zwar kein unbedingter Gegner der Separationen und Umlegung bin, daß ich oft bei solchen Experimenten bemerkt habe, daß die kleinen Grundbesitzer zu Gunsten der größeren benachtheiligt worden sind. Am Rhein überwiegt nun der kleine Grundbesitz; daher habe ich Bedenken, ob die Separationen und Umlegungen überall zu empfehlen sind.

Abg. Dr. Schröder (Vippstahl): Schon der Ausdruck „Experiment“ beweist, daß Herr Gremer mich mißverstanden hat, im Uebrigen bleibe ich

dabei, daß ich über Separationen mit einem Rheinländer nicht discutire. Unangenehm hat es berührt, daß auch der Minister mich nicht verstanden hat. Ich habe weder gewollt, daß einzelne Landestheile zu Separationen gezwungen und „vergewaltigt“ werden sollen, noch daß die Specialcommissarien den landwirthschaftlichen Vereinen aufgegeben werden sollen, ich meinte vielmehr, daß ihre Autorität sich von unten herauf in den Vereinen entwickeln solle. Ich sehe also, ich werde bei der dritten Lesung etwas detaillirter sprechen müssen. (Choi! Heiterkeit.)

Der Antrag Richter wird abgelehnt und Art. 2 dem Antrag der Budgetcommission entsprechend genehmigt; ebenso die folgenden. Bei Art. 7 beantragt die Budgetcommission die Functionszulage von 1200 Mk. für den Vorsteher des Centralbureaus abzusehen. Ministerial-Director Marcadé: Wenn die Staatsregierung trotz der Ablehnung dieser Position im vorigen Jahre doch wieder mit derselben vor das Haus tritt, so können Sie annehmen, daß sie dazu wichtige Gründe hat, die aus der praktischen Erfahrung geschöpft sind. An den Vorsteher des Centralbureaus werden sehr große Ansprüche gemacht, sein Dienst ist ein mühsamer, seine Thätigkeit aufreibend, trotzdem ist seine Befoldung nicht besser, als die der Bureaubeamten der ersten Gehaltsklasse. Das ist ein Mißverhältnis, welches ausgeglichen werden muß. Zudem handelt es sich um alte, verdiente und im Dienste ergraute Beamte, die ich mit Recht dem Wohlwollen des hohen Hauses empfehlen darf.

Hierauf nimmt das Haus den Antrag der Budget-Commission an, streicht also die Functionszulage und genehmigt die Titel 8 bis 11 ohne Debatte.

Der Etat des Bureaus des Staatsministeriums wird genehmigt, nachdem der Abg. Pangerhans erklärt hatte, daß seine Partei (Fortschritt) auch dieses Mal wie in den früheren Jahren gegen den Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke stimmen werde. Die Functionszulage für den Vorsteher des Centralbureaus wird, entsprechend den Beschlüssen des Hauses bei den Etats der anderen Ressorts, auch hier abgelehnt.

Es folgt der Etat der Staatsarchiv. Abg. Freiherr von Fritth: Von der Verordnung des Justizministers, interessante Acten der Gerichte den Staatsarchiven zu überweisen, würde man nur wenig Erfolg haben, wenn nicht Archivbeamte die Acten auf ihren Werth prüften und dann ihre Ueberführung in die Archive veranlaßten. Wo seien die zum Theil sehr wichtigen Acten der Bergämter und Berggerichte? Die Acten des Königsstuhls in Aachen, die für die Geschichte Aachens und die allgemeine Forschung von großer Bedeutung seien, hätten Jahre lang auf einem Bodenraum in Schmutz und Moder gelegen, Jeder der Papier brauchte, habe davon genommen, erst in letzter Zeit sei ein Theil derselben durch Archivbeamte geordnet und dem Archiv in Düsseldorf einverleibt worden, noch immer aber liege eine große Masse wichtiger Documente unter altem Gerümpel. Das interessante Archiv des ehemaligen Reichskammergerichts in Weßlar befindet sich noch unter der Aufsicht des dortigen Amtsgerichts, während es doch in die Staatsarchive gehöre.

Director der Staatsarchive v. Sybel: Ich bin für jede Auskunft über den Verbleib wichtiger Documente, die in die Staatsarchive überzuführen sind, sehr dankbar. Mit einer großen Anzahl von Gerichtsbehörden schreiben fortgesetzt Unterhandlungen über die Ueberweisung von interessanten Acten in die Archive. Die Aufgabe der Archivbeamten ist dabei keine leichte, denn die Gerichtsbeamten können bei ihrer sonstigen starken Beschäftigung sich an der Sichtung des Actenmaterials wenig betheiligen. Alle anderen Ressorts liefern häufiger und mehr Beiträge in die Archive wie das der Justiz. Die Aachener Acten sind, wie ja mitgetheilt ist, bereits zum Theil den Archiven einverleibt und ich verhoffe, daß es noch weiter geschehen wird, sobald unsere sehr beschränkten Arbeitskräfte es gestatten. Auch in Bezug auf die Acten des ehemaligen Reichskammergerichts schweben zwischen der Justiz und Archivverwaltung Verhandlungen, die in nächster Zeit einen günstigen Abschluß erwarten lassen. Natürlich werden die Kosten der Archivverwaltung dadurch, daß in Weßlar ein siebenzehntes Archiv errichtet wird, erheblich wachsen.

Hierauf wird der Etat der Staatsarchive und der der Generalordens-Commission genehmigt.

Beim Etat des Geheimen Civilcabinet wird wieder die Functionszulage für den Vorsteher des Centralbureaus abgelehnt, im Uebrigen wird dieser Etat ebenso wie der der Oberrechnungskammer, der Prüfungscommission für höhere Verwaltungsbeamte, des Disciplinarhofes, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzconflicte, der Landesvermessung und des Gesesammlungsamtes in Berlin unverändert genehmigt.

Es folgt der Etat des „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers“.

Abg. Gremer: Ich constatire mit Vergnügen, daß der Etat des „Staatsanzeigers“ steigende Einnahmen von Jahr zu Jahr aufweist, und daß sich auch die Redaction wesentlich gebessert hat. Die Klagen aber über den Parlamentsbericht des „Staatsanzeigers“ bestehen nach wie vor fort. Sehen Sie z. B. die Nummer vom 1. December d. J. an. Dort wird gesagt: „Der Abgeordnete Gremer erklärt, daß er ein principieller Gegner der Vorlage (Schlagbaugesetz) sei“, während ich klar und deutlich gesagt habe, daß ich kein principieller Gegner des Gesetzes sei. Das ist doch das absolute Gegentheil von dem, was im „Staatsanzeiger“ behauptet wird. Dies eine eclatante Beispiel für viele, die ich anführen könnte. In einem Blatte von solcher Autorität darf ein Fehler, wie der gerügte, einem Vertreter des Volkes gegenüber nicht vorkommen. Ich beuge demselben Fehler auch in der Kreuzzeitung und in anderen Blättern, dort ist es mir gleichgültig, denn ich verlange gar nicht, daß die Zeitungen absolut genaue Parlamentsberichte liefern. In dem Parlamentsbericht eines officiellen Blattes aber dürfen solche Fehler nicht vorkommen. Ein solches Organ mit so glänzendem geschäftlichem Standpunkte könnte sich wohl ein eigenes Parlamentsbureau einrichten oder doch einen eigenen Berichterstatter anstellen, und sollte nicht wie eine Reihe anderer Zeitungen bei einer beliebigen Correspondenz abonniren. Es sind über die parlamentarische Berichterstattung der Presse schon öfters Klagen laut geworden. Man kann von der Presse doch auch nicht Alles verlangen, wollte sie stets sachgemäß sein, so müßte sich jedes bestimmte Fach auch ein bestimmter Berichterstatter auf der Journalisten-Tribüne fügen. Dann wäre es ebenso notwendig, daß die Herren Abgeordneten Sachmänner seien für alles mögliche, was im Staate existirt. Sehen Sie doch unsere heutige Tagesordnung an, welche Summe von Fachkenntnissen müßte jeder Einzelne von uns haben, um Alles richtig zu beurtheilen. Sehen Sie doch an den Regierungsetz, dort zieht bei jeder neuen Nummer der Tagesordnung ein neuer und schöner Flor von Geheimräthen auf. (Heiterkeit.)

Die Redactionen verfügen nicht über solche Specialkräfte. Heute muß ein Journalist Alles kennen und verstehen, und wenn er es nicht versteht, muß er doch wenigstens darüber schreiben; seine Zeitung muß am Abend fertig sein. Ich mache schon lange Zeitungen und weiß, wie sie gemacht werden. Aber wie stellt sich denn unsere Gesellschaft der Presse gegenüber? Haben wir eine Presse in so geachteter socialer und materieller Position, wie es in anderen Ländern der Fall ist? Ist nicht das Wort Bismarck's eines seiner richtigsten: „Journalisten sind Leute, die ihren Beruf verheißeln haben.“ (Lurche.) Ich mache selbst keine Ausnahme. (Große Heiterkeit.) Darin muß die Aenderung eintreten, daß wir die großen Fachjournale und Parteiblätter wie in den anderen Ländern aufstellen können, dann werden wir auch eine bessere Presse haben. Wenn man aber einen Mann, der z. B. als Officier Schiffbruch gelitten hat, mit jährlich 600 Thlr. in die Presse steckt, und verlangt, er soll Leitartikel über die höchsten Probleme schreiben, so ist das etwas Unmögliches. Der tiefere Grund ist, daß unsere Presseorgane fast alle Unternehmungen von Buchhändlern sind; die Buchhändler wollen verdienen, der Journalist muß schreiben. Meine Kollegen, die ich hier einmal in Schutz nehmen wollte, werden Alles unterschreiben, was ich gesagt habe. Auf den „Staatsanzeiger“ aber finden diese Verhältnisse keine Anwendung, der wäre in der Lage, ein Musterblatt zu sein im Musterstaate Preußen. (Beifall.)

(Der Abg. Gremer ist so verstanden worden, daß er gesagt: er sei ein principieller Gegner des Gesetzes, während er in Wirklichkeit gesagt hat: er sei kein principieller Gegner. Das Mißverständnis war um so leichter, als Redner der Journalistentribüne den Rügen zulegte.)

Abg. v. Ludwig: Das offene Geständniß eines Mitgliedes der Presse hat mich sehr angenehm berührt; ich finde es immer läßlich, wenn derjenige, der einmal beistehet, oft seine Sünden und Fehler bekennet. Aber darum liegt es doch nicht in der absoluten Nothwendigkeit, daß das Volk über die Dinge, die hier im Hause verhandelt werden — wie ich es nachgewiesen und gestern Reichensperger bestätigt hat — belogen wird. Allerdings ist es besser, gar nichts aus unseren Verhandlungen zu bringen, als etwas Falsches (Sehr wahr! richtig), und wenn wirklich die Tribune der Zeitungen nicht im Stande sein sollte, wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen des Hauses dem Publikum zu liefern, dann wäre es zweckmäßiger, die ganze Öffentlichkeit zu täuschen. Denn eine Verfälschung der Wahrheit ist jedenfalls schlechter, als gar keine Mittheilungen darüber. Seitdem ich diese Sache hier angeregt habe, habe ich die erfreuliche Bemerkung gemacht, daß die verschiedenen Zeitungen, die ich zu meinen ganz besonderen Freunden rechne, meine Worte viel ausführlicher bringen als sonst. Auch an demselben Abend, an welchem ich gesprochen habe, fand meine

vollständige Rede in der „Post“ und am anderen Morgen beinahe in allen anderen Zeitungen Berlin's.

Präsident v. Koller: Ich mache darauf aufmerksam, daß gegenwärtig der Etat des „Staatsanzeigers“ zur Debatte steht.

Abg. v. Ludwig: Es ist vollständig meine Absicht, Herr Präsident! (Heiterkeit.) Ich wollte nur nebenbei andeuten, daß es doch möglich ist, zeitig genug wahrheitsgetreue Berichte über unsere Verhandlungen zu bringen. Daß es aus den Gründen, die Herr Gremer angeführt hat, aus all den verschiedenen Dingen, welche vorkommen, und die unmöglich ein Mensch wissen und beherrschen kann, sehr schwierig ist, das habe ich neulich anerkannt. Aber anders als solche Privatorgane steht das officielle Organ und hier bin ich mitten in der Tagesordnung. (Heiterkeit.) Wir sind berechtigt, die Staatsregierung dringend zu bitten, geradezu vollständige Abdrücke der ganzen stenographischen Berichte dem „Staatsanzeiger“ freizugeben auf den Weg zu geben. (Choi! Sehr richtig!) Die Sache ist ja wahrhaftig nicht kostbar: wenn erst ein solcher Bericht 1000 Mal gedruckt wird, kann er auch 10,000 Mal gedruckt werden, der Kostenpunkt liegt nur im Papier und ich glaube, das Vischen Papier ist die Wahrheit werth.

Regierungs-Commissar von Kurowski berichtet, daß der „Staats-Anzeiger“ sich bemühe, objectivie Berichte über die Verhandlungen des Landtages herzustellen. Von der Beilage stenographischer Berichte müsse aus verschiedenen Gründen Abstand genommen werden. Vom Jahre 1848 bis 1851 hätten dem „Staatsanzeiger“ stenographische Berichte der Kammerverhandlungen beigegeben, in derselben Zeit sei aber auch die Auflage des „Staatsanzeigers“ von 5100 Exemplaren auf 1900 zurückgegangen. Wenn damals in den ersten Jahren des Parlamentarismus die Berichte so wenig Interesse im Publikum gefunden hätten, so lasse sich annehmen, daß es jetzt noch weniger der Fall sein werde. Zudem seien die Kosten für die Berichte sehr bedeutend gewesen, dieselben würden sich jetzt auf jährlich 160,000 Mark belaufen.

Abg. Richter: Ich will auf die Ausführungen des Abg. von Ludwig nicht weiter eingehen, ich finde es nicht schön von ihm, daß er hier Männer der Presse angreift, die sich nicht vertheidigen können. Er sagte, sie belägen absolut das Land. Außer Herrn v. Ludwig wird hier wohl Niemand derartige Angriffe machen. Will man andere parlamentarische Berichte, so geben Sie den Herren doch einmal erst andere Blätter! Uns selbst hier im Hause, die wir mitten darin sind, wird es mitunter sehr schwer einander zu verstehen, oben auf der Tribune versteht man noch viel schlechter. Das liegt doch für jeden Sachverständigen klar auf der Hand. Ich möchte Herrn v. Ludwig raten sich der Mühe zu unterziehen nur über eine einzige Sitzung einen Bericht zu machen und dann wollen wir sehen, wie er dabei weglommt. Herr Gremer, mit dem ich sonst vollständig einverstanden bin, verlangt vom „Staatsanzeiger“ objectivie Berichte: ich möchte von ihm gar keine. Der Herr Commissar hat ganz zutreffend gesagt, daß der „Staats-Anzeiger“ gar keine Abonnenten hat, welche die parlamentarischen Berichte lesen wollen; also wozu die Mühe? Nun gar ein besonderes parlamentarisches Bureau für den „Staatsanzeiger“ — dafür danke ich. Ein kurzer Sitzungsbericht in Form eines officiellen Protokolls oder gar keines; denn wer sucht seine Information über Verhandlungen dieses Hauses im „Staats-Anzeiger“? Im Interesse des Budgets sollte der „Staatsanzeiger“ gar keine parlamentarischen Berichte bringen.

Abg. Gremer: Ich bin nicht damit einverstanden, dem „Staatsanzeiger“ einen stenographischen Bericht beigegeben. So interessant die Verhandlungen auch für jeden Abgeordneten sein mögen, so ist doch nicht dasselbe Interesse für alle Punkte derselben im Publikum vorhanden. Statt der Stenogramme aber absolut falsche Berichte in den „Staatsanzeiger“ aufzunehmen, ist doch eine ganz andere Sache. Es muß dem „Staatsanzeiger“ möglich sein, in einem kurzen Referat zu berichten, was hier vorgefallen ist. Das ist um so nothwendiger, als die Berichte aller Zeitungen tendenziös gefärbt sind, da zwar jeder Journalist sich bemüht objectiv zu sein, aber doch nicht aus dem Zwenteile, in dem er lebt, heraus kann und seine eigenen Ideen unwillkürlich in die Sache hineinlegt. Außerdem liegt es auf der Hand, daß ein Fortschrittsblatt kein Interesse hat, die Reden der Conservativen ausführlich zu bringen, und umgekehrt. Dehwegen wäre eine ganz objectivie Berichterstattung im „Staatsanzeiger“ sehr nöthig.

Abg. v. Ludwig: Der Abg. Richter hat sich gemüht gefunden, einen mir nicht mehr neuen Ton gegen mich anzuschlagen, wohl wissend, daß ich hier allein stehe und eigentlich keine Partei officiell hinter mir habe. Früher that es der Abg. Vasser, in neuerer Zeit aber der Abg. Richter. Ich meine aber, das Land weiß und sehr viele hier im Hause wissen, daß diese Angriffe durchaus nicht angebracht sind. Was ich sage, vertritt ich überall, und wenn ich hier gesagt habe, es sind absolute Lügen über unsere Vorgänge hier im Hause verbreitet worden, so halte ich diese Behauptung aufrecht und bitte den Herrn Richter, in etwa 14 Tagen mich zu besuchen, ich werde ihm dann eine ganze Anzahl von positiven Thatsachen vorlegen im Stande sein, die meine Behauptung bewahrheiten. Im Uebrigen genügt mir für heute das sachverständige Zeugniß des Herrn Abg. Gremer, daß alle Zeitungen Berichte mit tendenziöser Färbung bringen und nicht im Stande seien, andere zu machen, weil man eben aus seiner Haut nicht herausfahren kann. M. H., tendenziöse Färbung ist unabweisbar nahe der Lüge und sie kann nur entstehen dadurch, daß man eben vielleicht die Sache nicht richtig verstanden hat, wenn man der Wahrheit das Zeugniß geben will, oder daß man in seine eigenen Ideen so verrannt ist, daß man gar nicht im Stande ist, die Ideen eines Anderen in sich aufzunehmen. Wenn man diese Qualifikation hat, dann mag man sich von unserer Journalisten-Tribüne fernhalten. Eine Berliner Zeitung faate am Tage nach meiner Rede über diese Verhältnisse: „Man kann doch nicht verlangen, daß wir wörtlich die Reden der Katholiken bringen, das wäre ja die allerbeste Qualifikation für diese Herren, das kann man uns nicht zumuthen! Hier haben Sie den geheimen Grund, warum man hier nicht Remedur eintreten lassen will. Denn es ist leider bei allen Parteien so ein gewisser Riegel dafür vorhanden, eben tendenziös zu färben, sei es durch Darstellung, sei es durch Unterlassung. — Wer das den Zeitungen aller Färbungen noch nicht angemerkt hat, der muß ein ungeheurer geringes Verstandnißvermögen haben.“ (Heiterkeit.)

Abg. Sarrazin: Ich bedauere aufrichtig den Aerger, den der Abg. Gremer durch eine sehr unangenehme Berichterstattung im „Staatsanzeiger“ gehabt hat. Es ist das Mißverständnis „ein“ oder „kein“, aber immerhin zu entschuldigen. Herr Gremer hat selbst gesagt, daß die Berichte des „Staatsanzeigers“ sich gebessert haben. Ich möchte den Berichterstatter des „Staatsanzeigers“ über unsere Sitzungen die Genugthuung geben — ich habe seit 1 1/2 Jahren ziemlich genau die Berichte gelesen — daß kein einziger Bericht sämtlicher Zeitungen im Allgemeinen so objectiv und gut gehalten ist wie die Berichte des „Staatsanzeigers“. (Sehr wahr!) Ich glaube, wir dürfen das alle um so mehr anerkennen, als es früher beim „Staatsanzeiger“ nicht der Fall war. (Bravo.)

Der Etat des „Staatsanzeigers“ wird genehmigt.

Bei dem Etat der Lotterieverwaltung lenkte der Abg. Löwe (Vochum) die Aufmerksamkeit der Regierung auf die großen Uebelstände, welche durch die massenhaften Uebertretungen des Verbots, in auswärtigen Lotterien zu spielen, herbeigeführt werden. Alle Verurtheile, die Uebertretungen durch Strafen zu verhindern, hätten sich als fruchtlos erwiesen. Der Gang zum Lotteriespiel sei in der Bevölkerung so groß, daß, da die Zahl der preussischen Loose eine sehr beschränkte sei, immer wieder auf die auswärtigen Lotterien zurückgegriffen werde. Das einzige Mittel, diesem Uebelstande entgegenzutreten, sei eine Vermehrung der preussischen Loose. Auf die Mehreinnahme, welche dadurch der Staatskasse zugeführt werde, wolle er keinen so erheblichen Werth legen, dagegen falle der moralische Gewinn einer Vereinfachung der Vertheilung zu Gesetzesübertretungen sehr ins Gewicht.

Der Finanzminister erkannte an, daß das Spielen in auswärtigen Lotterien einen sehr bedeutenden Umfang angenommen habe. Im letzten Decennium sei die Zahl der Loos der Sächsischen Lotterie von 34,000 auf 100,000, die der Hamburger Lotterie von 22,300 auf 34,000 und die der Braunschweiger Lotterie von 25,000 auf 34,000 gestiegen. Von diesen Loosen werde ein sehr großer Theil in Preußen gespielt; man schätze die Zahl auf 95,000 — vielleicht sehr niedrig. Dieser Erscheinung gegenüber, die auf dem Spielbedürfnis der großen Masse des Volkes beruhe, sei es sehr schwierig, eine andere Abhilfe zu schaffen, als diejenige, welche der Vorredner bezeichnet habe. Hebe man in Preußen die Lotterie auf, so werde die Zahl der auswärtigen Loose nur wachsen; anders liege die Sache, wenn das Reich mit dieser Maßregel vorgehe, aus finanziellen Gründen sei es aber kaum gerathen, die Initiative hierin zu ergreifen. Die Vermehrung der eigenen Loose bleibe also die einzige Abhilfe. Die Regierung habe diese Maßregel auch bereits reiflich erwogen, sich aber nicht entschließen können, überhies den ersten Schritt auf diesem Wege zu thun. Es sei ja richtig, daß dadurch eine nicht unbedeutliche Mehreinnahme der Staatskasse zugeführt werde, die Regierung betrachte aber die Lotterie als eine nicht besonders erwünschte Einnahmequelle. Sollte jedoch das Haus einen Antrag im Sinne der Vermehrung der Loose an die Regierung richten, so werde sie denselben in sorgfältiger Erwägung nehmen. Nachdem alle Versuche, dem Eindringen fremder Loose entgegenzutreten, sich als fruchtlos erwiesen hätten, bleibe nichts übrig, als der Sache ihren Lauf zu lassen, oder

um die behauerliche Möglichkeit einer umfassenden Strafverfolgung zu beseitigen — dem Drang nach Lotterien eine freiere Bahn zu schaffen. Abg. v. Uechtritz glaubt das Urtheil, welches gestern über den Totalisator ausgesprochen worden, auf alle Privatlotterien ausdehnen zu müssen, und empfiehlt deren Unterdrückung. Anders liegt die Frage bei der Staatslotterie. Im Volke sei einmal das Bedürfnis vorhanden, das Glück zu versuchen. „Der Mensch muß wagen, das Glück zu erlangen“ — sagt schon der Dichter. Man dürfe deshalb an der Staatslotterie nicht rütteln. Bei der jetzigen Beschränkung der Lose sei es auch ein vergebliches Bemühen, das Spielen in fremden Lotterien zu unterdrücken. Erwäge man, daß die Zahl der in Preußen gespielten auswärtigen Lose mindestens ebenso groß sei, wie die der preuss. Lose selbst, daß in jedem Jahre zwei Lotterien zur Ausführung gebracht werden, und daß an jedem Lose in der Regel mindestens vier Personen theilhaftig sind, so werde man zugeben, daß jährlich Hunderttausende von Geseßübertretungen auf diesem Gebiete begangen werden. Diefem Zustande ein Ende zu machen, sei eine Pflicht der Regierung. Auch mit den preussischen Losen werde in Folge der starken Nachfrage ein großer Schwindel getrieben. Es sei nichts Seltenes, daß für ein Viertellose, dessen Preis eigentlich 40 Mark betrage, von den Zwischenhändlern 60 Mark genommen würden. Die Opfer, welche in dieser Weise der Bevölkerung auferlegt werden, bejähren sich jährlich auf enorme Summen. Die Regierung werde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie alles thue, um diesem Unfug zu steuern.

Abg. Stroffer behauptet lebhaft die Haltung, welche die Abgg. Löwe und v. Uechtritz, wie auch der Minister eingenommen haben. Früher sei man auf allen Seiten des Hauses und auch auf der Ministerbank darüber einig gewesen, daß die Staatslotterie ein notwendiges Uebel sei, dessen Beseitigung sobald als möglich in Aussicht genommen werden müsse. Jetzt rege man den Gedanken an, die Lose sogar zu vermehren und der Minister erkläre, daß — wenn er in dieser Sache auch nicht die Initiative ergreifen wolle — er doch bereit sei, etwaige Anträge aus dem Hause wohlwollend zu erwägen. Man wisse ein, diese Vermehrung der Lose sei notwendig, um den unmoralischen Geseßübertretungen ein Ziel zu setzen, das heiße aber, Sitten durch Verleumdung ausstreichen. Besser wäre es gewesen, die für den Steuererlaß bestimmten Mittel für die gänzliche Aufhebung der Lotterie zu benutzen; der Staat gebe durch Aufrechterhaltung des öffentlichen Spiels ein böses Beispiel und er hoffe, daß, wenn Preußen die Initiative ergreife, das Lotteriespiel in ganz Deutschland von Reichswegen zu verbieten, die Landesvertretung bereitwillig die Hand dazu bieten werde. Mit Dank sei es anzuerkennen, daß man die öffentlichen Spielhöhlen unterdrückt habe; leider behandle man das Börsenspiel noch immer als etwas Unschuldiges; er hoffe jedoch, daß der Mann, der das Wort vom „Eisbaum“ gesprochen, das Land auch von diesem Uebel befreien werde, und dann möge die Lotterie bald folgen. Nur die Wohlthätigkeitslotterien wüßte er aufrecht erhalten zu sehen und empfiele dieselben dem Wohlwollen der Regierung.

Abg. Seelig glaubt, daß das Lotteriespiel nicht eher zu beseitigen sein werde, als bis jeder volkswirtschaftlich gebildet genug sei, um sich zu berechnen, daß das Lotteriespiel unter allen Umständen ein schlechtes Geschäft sei. Leider habe sich das Volk während der Schwindelperiode daran gewöhnt, seinen Erwerb mehr durch Glück als durch Arbeit zu suchen. Dieser Umstand, sowie die Aufhebung der Staatsprämien-Anleihen sei der Hauptgrund der starken Nachfrage nach Lotterielosen. Das beste Mittel, den zahlreichen Uebertretungen des Verbots, in ausländischen Lotterien zu spielen, ein Ende zu machen, bestünde darin, daß die Regierung mit den anderen Staaten ein Cartell abschließe und die Grundzüge feststelle, nach denen die Lotterie gemeinsam gehandhabt werden soll.

Abg. Löwe (Wochum) hält diesen Weg für zu langwierig, um dadurch dem augenblicklichen Uebel abzuhelfen. Dies sei nur möglich durch Vermehrung der preussischen Lose. Wenn der Abg. Stroffer alle Lotterien als unmoralisch verdamme, die Wohlthätigkeits-Lotterien aber dem Wohlwollen der Regierung empfehle, so lasse er sich von dem Grundsatz leiten: der Zweck beiligt die Mittel.

Abg. Stroffer verwahrt sich gegen diese Insinuation. Unter Wohlthätigkeitslotterien verstehe er solche, in denen kleine Stidereien und sonstige Damenarbeiten zu einem wohlthätigen Zwecke ausgespielt werden. Hierbei falle der Trieb des Spielers, sich zu bereichern gänzlich hinweg. Diese Art der Lotterie könne also mit den Geldlotterien gar nicht verglichen werden.

Abg. Windthorst erklärt, daß er und seine Partei jede Gelegenheit benutzen werden, der Staatslotterie ein Ende zu machen, da er es nicht für erlaubt halte, daß der Staat sich durch unmoralische Mittel Geld schaffe.

Abg. von Uechtritz erwidert dem Abgeordneten Stroffer, daß er die Staatslotterie ebenfalls als eine Wohlthätigkeitslotterie betrachte, da es für den Staat sicher sehr wohlthätig sei, aus derselben Geld zu beziehen. (Weiterkeit.)

Der Etat der Lotterieverwaltung wird hierauf bewilligt. Die Stats der Seehandlung, der Münzverwaltung, der Staatsschuldenverwaltung und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten werden ohne Debatte erledigt.

Im Etat des Kriegsministeriums sind in den ordentlichen Ausgaben für die Verwaltung des Zeughauses verschiedene Erhöhungen eingetretten. Abg. von Heereman spricht sein Erstaunen darüber aus, daß trotz der bisherigen großen Bewilligungen für das Zeughaus die ordentlichen Ausgaben noch vermehrt werden. Das Kriegsministerium habe mit außerordentlicher tactischer Geschicklichkeit, wie sie wohl zur Occupirung eines feindlichen Terrains, aber nicht dem Landtage gegenüber am Platze sei, eine dieser Ausgaben nach der andern dem Landtage plausibel gemacht. Die Regierung möge in Zukunft sorgfältig prüfen, inwiefern angelegten der schlechten Finanzlage solche Ausgaben als unbedingt nöthig erscheinen. — Auch wünscht Redner eine Uebersicht dessen, was mit den bewilligten 4½ Millionen Mark zum Ausbau des Zeughauses geschehen sei und dem jetzt bewilligten Rest noch gegeben werde und hofft, daß mit jener Summe der Bedarf vollkommen gedeckt sein werde.

Kriegsminister von Kameke: Ich muß auf das Lob der tactischen Geschicklichkeit verzichten. Die Regierung hat bei der Einbringung der Vorlage über den Ausbau des Zeughauses sofort erklärt, daß für die Verwaltung jährlich 180,000 Mark erforderlich sein würden, und diese Summe nur deshalb nicht sofort verlangt, weil sie im Anfang nicht nöthig war. Dagegen wird diese Summe schließlich verlangt werden müssen, und ich möchte nicht, daß dies noch länger als eine Tactik angesehen wird. (Weiterkeit.) Eine Nachforderung für den Bau des Zeughauses selbst wird nicht stattfinden. Der wirkliche architektonische Bau ist jetzt im Wesentlichen vollendet, nur Kleinigkeiten sind noch auszuführen, und man geht jetzt an die künstlerische Ausstattung, zunächst beschränkt auf Deckengemälde in der Kuppel, Wandgemälde und Statuen. Für diese ist eine Concurrenz ausgeschrieben und über dieselbe von der im Cultusministerium dafür bestehenden Commission entschieden worden. Jetzt sind die Sachen in Arbeit gegeben, und es wird, wie dies bei künstlerischen Arbeiten nicht anders möglich ist, etwa zwei Jahre dauern, bis wir sie haben. Aber alles wird aus dem bewilligten Gelde gedeckt werden. Daß da noch Wände sind, die des Schmuckes bedürfen, werde ich Ihnen hoffentlich zeigen können, da ich beabsichtige, zu Ende des Jahres, nach Beichtigung des Baues durch Se. Majestät, die Herren zu einer Besichtigung einzuladen, zu welcher ich bitte, einzelne Herren zu deputiren, welchen alles genau gezeigt und erklärt werden kann.

Auch dieser Etat wird genehmigt. Entgegen einem dem Centrum und der Fortschrittspartei unterstählten Vertrauensantrag tritt das Haus noch heute in die Beratung des Stats des Ministeriums des Innern. (Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 2. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Generalmajor J. D. von Volkenstern, bisher von der Armee, den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Generalarzt erster Classe Dr. Roth, Corpsarzt des zwölften (Königlich-sächsischen) Armecorps, den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse; dem Rentier und Kirchenältesten Otto Claus zu Berlin den Königlich-kronen-Orden vierter Klasse; dem Geheimen Kanzleidiener Schub beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten das Kreuz der Inhaber des Königlich-haus-Ordens von Hohenzollern; dem Schullehrer Dobrosinski zu Golejeto im Kreise Kröben den Adler der Inhaber desselben Ordens; dem Postkammerhelfer Hart zu Kolberg und dem Hofmeister Freye zu Hagen im zweiten Reichow'schen Kreise das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Second-Lieutenant Träschler von Falkenstein II. im ersten Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 26 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen. Se. Majestät der König hat dem Rentier Otto Hermann Mühlberg zu Berlin den Adel verliehen.

Dem Regierungs-Rath Behlmann zu Posen ist die Stelle eines Mitgliedes der Provinzial-Steuerdirection zu Berlin, und dem Regierungs-Rath Kleine zu Danzig die Stelle eines Mitgliedes der Provinzial-Steuerdirection in Cassel (Stempelkassal) verliehen worden. — Der seitberige Kreiswundarzt Dr. Nisse in Thorn ist zum Kreisphysikus des Kreises Osterode i. O. ernannt worden. — An der Kunstakademie in Cassel ist der Pro-

fessor Koch als ordentlicher Lehrer angestellt worden. — Der Thierarzt Theodor Schmitt zu Thorn ist zum commissarischen Kreisveterinär für die Kreise Gelsen und Moers, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Gelsen, ernannt worden.

Berlin, 2. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.] Die Vorträge des Kriegs-Ministers von Kameke und des Chefs des Militär-Cabinetts, General-Lieutenant v. Albedyll, entgegen.

Berlin, 2. Decbr. [Ergebnisse der Volkszählung in Berlin.] Das officielle Resultat der Volkszählung wird, soweit es die Reichshauptstadt betrifft, wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen, wie das bei den umfassenden Arbeiten von vornherein als selbstverständlich erachtet werden muß. Doch ist seitens des Magistrats auf Grund der Hauslisten eine approximative Schätzung unternommen und constatirt worden, daß die Einwohnerzahl Berlins auf 1,108,000 Seelen gestiegen ist. Diese Ziffer weicht nur unerheblich von den Ergebnissen ab, welche die fortlaufenden Listen des städtischen statistischen Amtes über die Bewegung der hiesigen Bevölkerung liefern, so daß ihre allgemeine, wenn auch nicht mathematische Richtigkeit angenommen werden darf. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß weder die Strombevölkerung, noch das Militär seitens des statistischen Amtes berücksichtigt wird. Man rechnet die ersten auf 10,000, das letztere auf 22,000 Köpfe. Hiernach würde sich also das Gesamtergebnis in Berlin auf 1,140,000 Einwohner stellen, was gegen die Volkszählung vom 1. December 1875, die eine ortsanwesende Bevölkerung von 968,000 Köpfen ergab, einen Zuwachs von 172,000 Seelen bedeutet. Eine Vergleichung auf Grund der Hauslisten bestätigt auf Neue die überraschende Thatsache, daß die inneren Bezirke der Stadt in der Dichtigkeit ihrer Bevölkerung fort und fort zunehmen, und daß dafür die Außenbezirke eine stetige Zunahme aufweisen. Schon jetzt zeigt sich, daß, procentualisch genommen, diese Verschiebung, die in allen großen Städten beobachtet wird, in den letzten 5 Jahren intensiver war als bisher. Hierzu hat weniger die Ungunst der Verhältnisse beigetragen, welche zum Aufsuchen billigerer Wohnungen nöthigte, als hauptsächlich die enorme Vergrößerung des Pferdebahnhofs, das die Verbindung der Vororte mit dem Centrum so überaus bequem macht.

[Die Ernte der Stöcker-Saat.] Aus dem Großherzogthum Mecklenburg schreibt man, „Köln. Ztg.“: Die Wellen der antisemitischen Bewegung mit ihren verberberlichen Nachwirkungen haben sich leider auch nach Mecklenburg verbreitet und schon able Folgen gehabt. In dem kleinen Städtchen Malchow ist in den letzten Nächten der Kirchhof der dafelbst befindlichen israelitischen Gemeinde auf wahrhaft vandalische Weise verwüstet worden, die Einfriedigungen sind abgerissen und viele Monumente und Grab-Verzierungen arg beschädigt. Von Seiten des Vorstandes der israelitischen Gemeinde in Malchow ist eine namhafte Summe als Prämie für die Entdeckung der Frevler ausgesetzt. Die Zahl der Israeliten beider Großherzogthümer Mecklenburg ist übrigens nicht sehr groß und sie haben keinen der übrigen Volksklassen nur im mindesten belästigenden ablen Einfluß. Rittgüter sind nur in zwei bis drei Fällen im Wege der Substation von Israeliten gekauft worden, dafür ist der Getreidehandel und der Handel mit Landesproducten größtentheils in den Händen israelitischer Handelsbäuer, unter denen sich mehrere sehr geachtete Firmen befinden, ebenso wie mehrere der angesehensten Rechtsanwälte und Aerzte Israeliten sind. An den schwindelhaften Erfindungen, die von 1872 bis 1875 leider auch in Mecklenburg und besonders in Rostock vielfach vorgekommen sind und viel Unheil hervorgerufen haben, theilnahmen sich keine Israeliten, wohl aber mehrere Edelleute aus zum Theil sehr exklusiven Adelsfamilien.

[Marine.] S. M. Aviso „Habicht“, 5 Geschütze, Kommandant Korvettenkapitän Ruhn, hat am 11. November c. auf der Rhede von Porto Grande geankert und beabsichtigte am 17. dess. Mts. die Weiterreise nach Capitaht fortzusetzen.

[Verboten auf Grund des Socialisten-Gesetzes] wurde die im Jahre 1879 im Verlage der Schweizerischen Volks-Buchhandlung zu Göttingen-Zürich erschienene, in der Schweizerischen Vereins-Buchdruckerei dortselbst ohne Angabe des Namens des Verfassers gedruckte, nicht periodische Schrift: „Die sociale Baufunktion“, 10. und 11. Heft, ferner die Druckschrift: „Begehungsünden der Criminaljustiz und Unterlassungsünden des Staates“, von A. J. Z. Friedberg i. d. W. 1880, Verlag von Andreas Flor.

Gandel, Industrie &c.

Berlin, 2. Decbr. [Börse.] Der Ultimo scheint in Paris doch nicht den glatten Verlauf zu nehmen, welchen man in den letzten Tagen zu erwarten schied. Die gestrige Mittagsbörse verlief daselbst in Folge der Höhe der Reporsätze in matter Haltung, welche gestern Abend auf dem Boulevard sich zu einer weichen Tendenz zwang. Aus London wird gleichzeitig ein neuer Goldabsatz von 350,000 Pfd. St. gemeldet und in Wien machen mancherlei locale Vorkommnisse, insbesondere die Passivität der Ankerbankgruppe der Fortsetzung der Hausbewegung Schwierigkeiten. Man meldete von der dortigen Frühbörse Geschäftslage und die Notierungen etwas niedriger. Hier nahm man angeht dieser Umstände Veranlassung, die Aufwärtsbewegung zu stillen und sich in eine reservirte Position zurückzuziehen. Das Geschäft war aus diesem Grunde ein außerordentliches geringfügiges und die Course ein wenig gedrückt, ohne daß die Tendenz als matt bezeichnet werden dürfte. Franzosen und Lombarden behaupteten ungefähr den letzten Standpunkt, während Creditactien bei mäßigen Umläufen 2 M. gegen gestern nachgaben. Oesterreichische Renten tendirten schwächer auf Grund des vom Finanzminister Dunajewski dem österreichischen Abgeordnetenhaus gestern vorgelegten Finanzprojekts, welches die Ausgabe neuer Rententitel als fast unumgängliche Nothwendigkeit erscheinen läßt. Italiener gaben in Folge der ermäßigten Pariser Notierung ¼ % nach. Russische Fonds verloren ebenfalls und waren angeboten, die Ziffern des publicirten Ausweises der russischen Reichsbank vom 29. vorigen Monats constatiren nur eine geringe Abnahme der laufenden Schulposten der russischen Regierung, während man eine erhebliche Reduction des Notenumlaufes erwartet hatte. Noten verloren dieserhalb bei geringem Verkehr 1 Mark. Auf dem Localmarke hatten sich nur Banken einiger Aufmerksamkeit bei etwas ermäßigtem Niveau zu erfreuen. Still, aber recht fest waren Montanwerthe, der günstige Bericht, welchen die Verwaltung der Laurahütte in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrathes über den Geschäftsgang der Werke erstattet hat, wirkte auch heute noch nach. Inländische Bahnen lagen total vernachlässigt und bewegungslos, Oesterreichische Nebenbahnen wurden fast gar nicht genannt und konnten aus diesem Grunde ihre gestrigen Notierungen behalten. Vorübergehend kam das Geschäft durch die Nachricht, daß der vor einiger Zeit städtig gewordene Kassirer Zander in Kiel ergriffen worden sei, gänzlich zum Stillstande. Montanwerthe blieben im weiteren Verlaufe der Börse beliebt, dagegen mußten die internationalen Werthe auf wenig animirende Pariser Nachrichten noch kleine Coursabschwüchungen erfahren. Auch Bahnen, Renten und russische Werthe gaben noch etwas nach, die übrigen Papiere blieben total regungslos. Zum Schluß trat für die internationalen Werthe eine kleine Erholung ein.

Course um 2½ Uhr: Fest. Credit 495.50, Lombarden 158.00, Franzosen 184.50, Reichsbank 143.00, Disc.-Comm. 180.50, Handels-Gesellschaft —, Laurahütte 120.25, Ärtlen 12.80, Italiener 86.12, Oesterreichische Goldrente 74.75, Ungarische Goldrente 93.37, Dornumder Union 87.12, Oesterreichische Silberrente 62.75, do. Papierrente 62.25, Syrac. Russen 92.25, Köln-Mindener —, Rheinische —, Bergische 116.50, Rumänische Rente 90.87, Russische Rente 207.75, II. Orient-Anleihe 58.00, III. 58.50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silber-Coup. 171.85 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171.85 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 4.20 Pfd. L. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4.20 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4.20 bez., do. Papier-Dollar 4.20 bez., 6 % New-York-City 4.20 bez., Russ. Central-Boden min. — Pfd. Paris, do. Papier u. berl. min. 60 Pfd. t. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 60 Pfd. Warschau, Russ. Zoll 20.45 bez., 1822er Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., Warschau-Lerespol —, bez., 3 % und 5 % Lombarden min. — Pfd. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pfd. Paris, Holländische min. — Pfd. Amsterdam, Schweizer min. — Pfd. Paris, Belgische min. — Pfd. Brüssel, Berl. Str.-Obligat. 20.33 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. W.) Paris, 2. Dec. Abends. [Boulevard.] 3 % Rente —, —, Neueste Anleihe 1872 119, 37. Ärtlen 13, 35. Neue Egyptier 343, 75. Banque ottomane —, —, Italiener 88, —, Chemins —, —, Oesterr. Goldrente —, —, Ungar. Goldrente —, —, Spanier ext. —, —, inter. —, —, Staatsbahn —, —, Lombarden —, —, 1877er Russen —, —, Ärtlenlose —, —, Ärtlen 1873 —, —, Amortisirbare —, —, Orient-Anleihe —, —, Pariser Vant —, —, Steigend.

Frankfurt a. M., 2. Dec., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß Course.] Londoner Wechsel 20, 37. Pariser Wechsel 80, 75. Wiener

Wechsel 172, 40. Köln-Mindener Stamm-Actien 148 ½. Rheinische Stammactien 159. Hessische Ludwigsbahn 95 ½. Köln-Mind. Prämien-Anth. 130 ½. Reichsanleihe 100 ½. Reichsbank 148 ½. Darmstädter Bank 154 ½. Meiningen Bank 99. Oesterr.-Ungarische Bank 707, 50. Creditactien *) 245 ½. Silberrente 62 ½. Papierrente 62 ½. Goldrente 74 ½. Ungarische Goldrente 93 ½. 1860er Loose 122 ½. 1864er Loose 315, —. Ungarische Staatslose 221, —. Ungar. Oibabn-Obligat. II. 84 ½. Böhmisches Wechsel 209. Elisabethbahn 175 ½. Nordwestbahn 160 ½. Galizier 238 ½. Franzosen *) 241 ½. Lombarden *) 78 ½. Italiener —. 1877er Russen 92 ½. 1880er Russen 71 ½. II. Orientanleihe 58 ½. Central-Pacifi 111 ½. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discount — pCt. Befestigt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 246 ½. Franzosen 242. Galizier 238 ½. Lombarden —, —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —, —. II. Orientanleihe —, —. III. Orientanleihe —. Oesterr.-Ungar. Bank 713.

*) per medio ref. per ultimo.

Hamburg, 2. Dec., Nachmittags. [Schluß-Course.] Breuss. 4proc. Conzols 100, Hamburger St.-R.-M. 124, Silberrente 62 ½, Oest. Goldrente 74 ½, Ung. Goldrente 93 ½, Credit-Actien 246 ½, 1860er Loose 123, Franzosen 604, Lombarden 198, Italien. Rente 86, 1877er Russen 92 ½, II. Orient-Anl. 56 ½, Vereinsbank 119 ½, Laurahütte 120, Nord. 168 ½, Commerzbank 122, Anglo-Deutsche 76 ½, 5 % Amerikanische 94, Rhein. Eisenbahn 158 ½, do. junge 152 ½, Berg.-Märk. do. 116 ½, Berlin-Hamburg do. 231, Altona-Kiel do. 158 ½, Disconto 3 ½ % fest.

Hamburg, 2. Dec., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine fest. Roggen loco und auf Termine fest. Weizen per December 205 Br., 204 Gd., pr. April-Mai 215 Br., 214 Gd. Roggen pr. December 203 Br., 202 Gd., pr. April-Mai 194 Br., 193 Gd. Hafer still. Gerste rubig. Rübsl rubig, loco 55 ½, pr. Mai 56. Spiritus still. pr. December 49 Br., pr. Januar-Februar 49 Br., pr. Februar-März 49 Br., pr. April-Mai 49 Br. Kaffee sehr matt, Umlauf 1500 Sad. Petroleum fester, Standard white loco 9, 00 Br., 8, 85 Gd., pr. December 8, 85 Gd., pr. Januar-März 8, 25 Gd. — Wetter: Trübe.

Liverpool, 2. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Umlauf 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 5000 Ballen, davon 2000 B. amerikanische und 3000 B. Bernam. Middl. amerikanische December-Januar-Lieferung 6 ½ % D.

Liverpool, 2. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umlauf 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Rubig. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 ½ % D., Februar-März-Lieferung 6 ½ % D.

(W. L. W.) New-York, 2. Decbr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 4, 79. do. auf Paris 5, 25 ½. 5procentige fundirte Anleihe 101 ½. 4procentige fundirte Anleihe 1877 111 ½. Erie-Bahn 45 ½. Central-Pacifi-Bahn 114 ½. New-York-Central-Bahn 142. Baumwolle in New-York 12. do. in New-Orleans 11 ½. Raffinirtes Petroleum in New-York 9 ½. Raff. Petroleum in Philadelphia 9. Rohes Petroleum 6 ½. Pipe line Certificats 0, 93. Mehl 5, 00. Rothe Winterweizen 1, 25. Weizen (ab mied) 0, 61. Zucker (fair refining Muscovados) 7 ½. Kaffee Rio 13. Schmalz (Marke Wilcox) 9 ½. do. Fairbanks 9 ½. do. Rothe u. Brothens 9 ½. Spec (short clear) 7 ½. Getreidekraft 5 ½.

Wett, 2. Decbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco befestigt, auf Termine etwas fester, pr. Frühjahr 12, (2 Gd., 12, 07 Br., pr. Herbst 10, 65 Gd., 10, 75 Br. — Hafer pr. Frühjahr 6, 35 Gd., 6, 40 Br. — Mais pr. Mai-Juni 6, 18 Gd., 6, 22 Br. — Roghtaps —. — Wetter: Milde.

Paris, 2. Decbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. December 29, 50, pr. Januar 29, 00, pr. Januar-April 28, 80, pr. März-Juni 28, 50. Roggen rubig, pr. December 23, 50, pr. März-Juni 22, 50. Mehl fest, pr. December 64, 00, pr. Januar 62, 75, pr. Januar-April 61, 75, pr. März-Juni 60, 75. Rübsl behauptet, pr. December 75, 50, pr. Januar 76, 00, pr. Januar-April 76, 25, pr. Mai-August 76, 75. Spiritus behauptet, pr. Dec. 60, 75, pr. Januar 61, 00, pr. Januar-April 61, 00, pr. Mai-August 60, 50. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 2. Decbr., Nachmittags. Roghtader 88 ½ rubig, loco 54, 00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. December 62, 50, pr. Januar 62, 50, pr. Jan.-April 62, 75.

London, 2. Decbr., Nachm. Habannazucker Nr. 12 23 ½. Matt. Amsterdam, 2. Decbr., Nachm. Vancanzen 56 ½. Antwerpen, 2. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen rubig. Hafer fest. Gerste still.

Antwerpen, 2. Dec., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 24 bez. und Br., pr. Januar 24 Br., pr. Januar-März 23 ½ Br. — Fest.

Bremen, 2. Decbr., Nachmittags. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 00, pr. Januar-März 9, 30. Alles bez.

Meiningen, 1. Decbr. [Serienzählung der Meiningen 4proc. Prämien-Anleihe.] 62, 109, 146, 293, 390, 675, 832, 943, 1030, 1153, 1182, 1247, 1276, 1407, 1414, 1501, 1596, 1630, 1759, 1801, 1809, 1927, 2036, 2075, 2178, 2298, 2374, 2386, 2844, 2856, 2955, 3214, 3383, 3559, 3577, 3618, 3673, 3929, 3961.

London, 2. Decbr. [Bantausweis.] Totalreserbe 14,723,000 Pfd. St., Notenumlauf 26,219,000 Pfd. St., Vardorrath 25,942,000 Pfd. St., Portefeuille 18,105,000 Pfd. St., Umlaufen der Privatbank 24,441,000 Pfd. St., Guthaben des Staats-Schatz 5,380,000 Pfd. St., Notenreserbe 13,592,000 Pfd. St., Regierungssicherheit 14,885,000 Pfd. St.

Procentverhältniß der Reserbe zu den Passiven: 48 % — Clearing-house-Umlauf 82 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 41 Millionen.

Berlin, 2. Decbr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist veränderlich und ziemlich mild. Für Roggen forderte man anfänglich wieder etwas mehr, fand aber gar keine Reflectanten für Termine, so daß die Ansprache bald wieder ermäßig wurde, freilich auch ohne sonderlichen Erfolg, denn der Umlauf blieb bis zum Schluß in den denkbar engsten Grenzen. Waare ist sehr vernachlässigt und man kann den Verkehr loco nur als höchst schwach bezeichnen. — Roggenmehl unverändert. — Weizen sehr still und ohne wesentliche Aenderung. — Hafer loco matt. Termine leblos. — Rübsl in beschränktem Verkehr, doch in ziemlich fester Haltung. — Petroleum rubig. — Spiritus blieb ohne wesentliche Aenderung, die Haltung war aber nicht sonderlich fest.

Weizen loco 183—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber — Markt ab Bahn bez., defacter — Markt bez., do. Hammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., feiner weiß polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß udmärkischer — Markt ab Bahn bez., per December 210 Markt bez., per December-Januar — Markt bez., per April-Mai 215 ½—215 M. bez., per Mai-Juni 216—215 ½ M. bez. Gefundigt 6000 Centner. Ründigungspreis 209 ½ Markt. — Roggen loco 211 bis 218 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 212—215 M. ab Bahn und Kohn bez., hochfeiner inländ. 217 Markt ab Bahn bez., polnischer — Markt ab Bahn bez., russischer — Markt ab Bahn bez., neu fein weiß galiz. — M. ab Bahn bez., pr. December 212—210 ½ M. bez., pr. December-Januar 211—207 ½ Markt bez., per April-Mai 201 ½—200 ½—201 M. bez., per Mai-Juni 191—190 Markt bez., pr. Juni-Juli — Markt bez. Gefundigt 3000 Ctr. Ründigungspreis 211 ½ Markt. — Gerste loco 145 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 146 bis 168 Markt pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 150 bis 154 M. bez., russischer 147—150 Markt bez., pommerischer, mecklenburgischer und udmärkischer 152—155 M. bez., schlesischer 148 bis 154 Markt bez., böhmischer 148—154 Markt bez., fein weiß russ. — M. bez., neumärkischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß mecklenburgischer 159 bis 160 Markt ab Bahn bez., pr. December 150 ½ M. bez., pr. December-Januar — Markt bez., pr. April-Mai 152 M. bez., pr. Mai-Juni 152 ½ M. bez. Gefundigt 1000 Centner. Ründigungspreis 150 ½ M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverfeuert incl. Sad Nr. 00: — Markt, Nr. 0: 30,00 bis 29,00 M., Nr. 0 und 1: 29,00 bis 28,00 Markt bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad: pr. December 28,50 M. bez., pr. December-Januar 28,50 M. bez., pr. Januar-Februar 28,60 Markt bez., pr. Februar-März 28,50 M. bez., pr. April-Mai 28,50 Markt bez., pr. Mai-Juni 28,10 M. bez. Gefundigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Fass 28,5 Markt bez., pr. December 28,4—28,2 M. bez., pr. December-Januar 28,3—28 bis 28,3 M. bez., pr. Januar — M. bez., pr. Januar-Februar 28,4 bis 28,2—28,4 M. bez., pr. Februar-März 28—28,2 M. bez., pr. Februar — M. bez., pr. April-Mai — M. bez. Gefundigt — Ctr. Ründigungspreis — Markt.

Spiritus loco ohne Fass 56,3—56,4 Markt bez., pr. December 55,9—56 bis 55,9 Markt bez., pr. December-Januar 55,8 Markt bez., pr. April-Mai 56,9—57—56,9 M. bez., pr. Mai-Juni 57,1 M. bez., pr. Juni-Juli 57,6 M. bez. Gefundigt — Liter. Ründigungspreis — M.

New-York, 2. Decbr. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Cimbria“ ist hier eingetroffen.

Woolsey-Course.

3 Breslau, 2. December. [Zur Lage der Eisen- und Kohlen-Industrie.] In England und Schottland ist eine stetige Steigerung der Exportgeschäfts zu constatiren, die unbedingt schon zu einer Erhöhung der Preise für Eisen und Stahl geführt haben würde, wenn nicht die Furcht vor der ausländischen Concurrenz dem Hindernis in den Weg getreten wäre. Wie berechtigt diese Furcht ist, hat sich in letzter Zeit hauptsächlich in Bezug auf Stahlschienen gezeigt; nicht nur daß bei den großen ausländischen Subventionen, z. B. für die Oesterreichischen Bahnen, wir berichteten s. 3. speciell darüber, deutsche Firmen obsehtet haben, sondern es hat sich auch

...dermalen

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.